

Antrag

der Abg. Hirschbichler MBA und Klubvorsitzenden Steidl betreffend die Einführung einer Baustellen-Card gegen Sozial- und Lohndumping

Das derzeitige Wachstum in der Bauwirtschaft ist sehr erfreulich, weshalb einige Expertinnen und Experten sogar von einem regelrechten „Bau-Boom“ sprechen. Leider bedeutet aber ein starkes Wachstum am Bau nicht automatisch, dass auch die Arbeiterinnen und Arbeiter davon profitieren. Erfahrungsgemäß bringt ein Mehr an Bautätigkeit nämlich stets auch ein Mehr an illegaler Beschäftigung, Lohn- und Sozialdumping sowie unfaire Wettbewerbsmethoden mit sich. Der Grund ist, dass es viele ausländische Firmen gibt, die gerne vom österreichischen Bausektor profitieren möchten, zugleich aber oftmals dubiose und unfaire Mittel einsetzen, um Aufträge zu lukrieren.

Das belegt auch eine Prüfung der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskassa (BUAK), die 2015 5.883 Kontrollen an österreichischen Baustellen durchgeführt hat. Das Ergebnis dieser Kontrollen ist sehr alarmierend, da jede vierte ausländische Firma ihren Arbeitern zu wenig Lohn bezahlt hat. Im Vergleich dazu zahlte nur jede 200. inländische Firma zu wenig Lohn, also waren hier nur 0,5 Prozent betroffen. Das ist nicht nur unfair gegenüber den Arbeiterinnen und Arbeitern, sondern auch gegenüber jenen Firmen, die sich an geltendes Recht halten. Der Schutz der Arbeiterinnen und Arbeiter wird in Österreich nämlich sehr groß geschrieben. Mit dem Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz, dem Ausländerbeschäftigungsgesetz und dem Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz (BUAG) sowie weiteren gesetzlichen Normierungen sind die Rahmenbedingungen zur Bekämpfung unfairer Methoden in Österreich auf sehr hohem Niveau. Leider schaffen es aber insbesondere unseriöse, meist ausländische Unternehmen - trotz vielfältiger Methoden im Vergaberecht, wie z. B. dem Best- statt dem Billigstbieterprinzip - mit Dumpinglöhnen bei Abgaben und nicht gemeldeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf unsere Baustellen.

Es gibt einige Baustellen, die bereits ein Vorzeigemodell einsetzen, um genau diesem Umstand entgegen zu wirken. Besonders hervor zu heben sind dabei z. B. die Baustellen zum Neubau des Paracelsusbads in der Stadt Salzburg oder des Hauptverbandes in Wien. Hier wird versucht, mit Baustellenzutrittskontrollen unfaire Machenschaften unter Kontrolle zu bringen.

Ziel ist dabei, nur noch jenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern den Zutritt zu Baustellen zu gewähren, die registriert sind und sich mit einer so genannten „Baustellencard“ ausweisen können. Diese „Baustellencard“ muss ein aktuelles Foto, die Sozialversicherungsanmeldung und die Lohndaten enthalten. Damit kann jederzeit kontrolliert werden, ob der/die

betroffene Arbeitnehmer/-in gemeldet ist und seine/ihre Beschäftigung auch den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Auch die Nachverrechnung von vorenthaltenen BUAK- oder Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern kann damit erleichtert werden.

Insbesondere im Zeitalter der Digitalisierung bietet sich damit ein effizientes und einfach handhabbares Instrument, das am freien Markt mittlerweile in vielfältiger Form angeboten wird. Es handelt sich dabei immerhin um ein wirksames Instrument, um Lohn- und Sozialdumping zu vermeiden und damit Nachteile für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und korrekt arbeitende Unternehmen zu beseitigen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. das Kriterium einer „Baustellencard“ bei öffentlichen Aufträgen verpflichtend einzuführen und auch für jene Baustellen verpflichtend zu machen, die mit öffentlichen Mitteln finanziert werden, wie z. B. beim Wohnbau.
2. Dieser Antrag wird dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.

Salzburg, am 31. Jänner 2018

Hirschbichler MBA eh.

Steidl eh.